

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streithand für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2605 und 2606.

Inserate kosten die Zeile pro Tag 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Erwerbungsbeitrag 20 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsinseraten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2765

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der englische Eisenbahnerstreik beigelegt.

Der Riesenkampf in England.

Die erfolgreichen Verhandlungen.

London, 5. Oktober.

Amlich. Reuter meldet: Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt.

Der nebenstehende Beihartikel war bereits geschrieben, bevor die amtliche Meldung aus London eintraf, daß der Eisenbahnerstreik beigelegt ist. Obwohl über die Einzelheiten des Abkommens und die Bedingungen, unter denen die Beilegung erfolgt ist, noch keine näheren Meldungen vorliegen, so unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß die streikenden Eisenbahner einen beachtenswerten Erfolg erzielt haben. Es scheint Lloyd George nicht gelungen zu sein, sie bedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, wie das seine wiederholt aufgestellte Forderung war.

Ueber die Verhandlungen vor der Beilegung des Streiks liegen folgende Meldungen vor:

Amsterdam, 5. Oktober.

Das Reuterbureau meldet aus London vom 3. Oktober: Die Konferenz der Eisenbahner und Transportarbeiter mit dem Premierminister wurde um 9 Uhr 10 Minuten abends abgebrochen. Thomas erklärte, eine Einigung sei nicht erzielt worden.

Eine amtliche Mitteilung besagt, daß der Eisenbahnerverband das Anerbieten der Regierung, die Streikfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und ebenso den von der Regierung vorgeschlagenen sieben-tägigen Waffenstillstand abgelehnt hat. Die Regierung hat einen Aufruf an die Lord-Leutnants der Grafschaften und die Bürgermeister der Städte gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, eine Bürgerwehr zu bilden, um der Krisis entgegenzutreten.

Rotterdam, 5. Oktober.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet vom 4.: Die Konferenz zwischen dem Premierminister und den Streikführern, die gestern abend stattfand und drei Stunden dauerte, ist erfolglos verlaufen. Die Eisenbahner wollten sich zu dem Waffenstillstand nur unter der Bedingung verstehen, daß die Regierung sich bereit erkläre, über die Löhne zu verhandeln, ehe die Arbeit aufgenommen wird. Inzwischen haben die Transportarbeiter gestern abend beschlossen, für Dienstag eine Konferenz aller Gewerkschaften des Landes einzuberufen. Die Vermittler werden ihre Arbeit fortsetzen und versuchen, den Eisenbahnerverband und die Regierung nochmals zur Weiterführung der Verhandlung auf einer vorher festzusetzenden Grundblase zu bewegen.

Danach scheint es, als ob auch die Wächter, sofort eine Konferenz aller Gewerkschaften einzuberufen, die Verhandlungsbereitschaft der Regierung so verstärkt habe, daß eine Beilegung des Streiks erfolgen konnte.

Polnische Arbeiter gegen den Krieg im Osten.

Unter der Überschrift „Nieder mit dem Kriege“ veröffentlicht der Oberste Rat der polnischen sozialdemokratischen Partei einen Aufruf, der folgendermaßen lautet:

„Der blutige Krieg wüthet weiter, es wächst die Zahl der Toten und Verwundeten. Heute, da die polnischen Truppen immer weiter nach Osten vorgehen, da sie nicht polnische Länder okkupieren, da sie bis an die Dina und den Dniepr vorgedrungen sind, muß die gesamte Arbeiterklasse Polens die Stimme des Protestes erheben und die Beendigung des blutigen Krieges verlangen.“

Die Bourgeoisie und ihre Schlingel heben zur Weiterführung des Krieges. Den polnischen besitzenden Klassen geht es um die Beherrschung möglichst großer Gebiete im Osten, um die verlorenen Grundstücke wiederzugewinnen, um den Bauern den Boden wegzunehmen und sich neue Privilegien zu verschaffen.

Der Krieg im Osten ist zur Zeit ein Kampf um die Stärkung der Reaktion in Polen, um die Verhinderung der großen sozialen Reformen, um die Niederwerfung des arbeitenden Volkes.

Unser Land bedarf der Ruhe. Hunderttausende von jungen Leuten werden durch das Kriegshandwerk der produktiven Arbeit entzogen. Ein ganzer Eisenbahnpark steht für Kriegszwecke zur Verfügung, der für die Lebensmittellieferung dringend gebraucht wird. Tausende von Werkstätten warten auf Arbeit. Der Winter naht. Der polnischen Arbeiterfamilie droht der Hungertod. Eine Katastrophe scheint unabwendbar. Die Bourgeoisie jedoch treibt inoffiziell ein freudvolles Spiel.

Die berechtigten Forderungen der Arbeiter werden abgelehnt, im Dorfe herrscht Notlosigkeit; Verarmungen, Hunger und Spekulationen umgeben sich breit. Solange Zweidrittel der Staatseinnahmen für den Krieg aufgewandt werden, muß Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend unter dem Volke herrschen. Aber das arbeitende Volk will nicht mehr ein Anzeichen des Imperialismus sein. Es sieht ein, daß Polen zum Gendarman Europas gemacht werden soll. Dagegen wird das Proletariat sich mit aller Gewalt auflehnen. Das Proletariat aller Länder wird sich gegen den internationalen Imperialismus erheben.

Halt mit dem Kriege!

Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats!

Rücktritt der litauischen Regierung.

Rom, 4. Oktober.

Das litauische Kabinett ist heute zurückgetreten. Der Staatspräsident hat das bisherige Mitglied der litauischen Friedensdelegation in Paris, Galsbanaukis,

mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Unter den Ministern, deren Eintritt in das Kabinett wahrscheinlich ist, werden Wolodmaros für das Aeuhere, Schmlis für Finanzen, Bilinski für Landwirtschaft und angherem Tubelis genannt.

Die Polen zu den oberschlesischen Gemeindevahlen.

Der anfängliche Beschluß der Polen, für die oberschlesischen Gemeindevahlen Wahlenthaltung zu proklamieren, scheint wieder rückgängig gemacht worden zu sein. Die sozialdemokratische „Gazeta Robotnicza“ fordert zur Teilnahme an den Wahlen auf, um die Nachwirkungen der Deutschen zu verhindern. Diese hätten durch den erfindenen Zustand, durch die Verschaffung tausender polnischer Wähler den Boden für die Wahl und damit für ihren Sieg vorbereiten wollen.

Bierabende mit Scharfschießen.

In den letzten Wochen wird wieder in auffallender Weise für die „Zeitfreiwilligen“ Propaganda gemacht. Um den Eintritt in diese militärischen Organisationen verlockender zu gestalten, wurde folgendes Schriftstück verfaßt:

Stamm des

8. Regiment Reichswehr-Reg. 15.

Mitteilung.

Das 3. Regiment veranfaßt erstmalig am 26. September, dann an jedem Donnerstag nach 14 Tagen einen Bierabend in der Kantine des 3. Regiments im Landesausstellungspark; Zeit 8 Uhr abends.

Zweimal im Monat findet Scharfschießen der Zeitfreiwilligen statt, und zwar in der Zeit von 1 bis 8 Uhr nachm. auf den Schießständen in der Hasenheide. Erstmalig Montag, den 29. d. M., und dann jeden Montag nach 14 Tagen.

Das 3. Regiment veranfaßt diese Bierabende und das Scharfschießen, um die Kameradschaft und den Zusammenhalt unter den Zeitfreiwilligen zu pflegen. Im Interesse der guten Sache wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Hollenhagen, Leutnant u. Führer.

Herr Koske und seine Getreuen strüben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Zeitfreiwilligenformationen und die Einwohnerwehren militärische Organisationen seien. Wie kommt es denn, Herr Koske, daß die Einladungen für diese Bierabende von einem Reichswehrregiment verfaßt werden, und zwar als Heeresfache? Ueber diesen Kummel, bei dem die Post um tausende Mark an Vortagegeldern hintergangen wird, müßte einmal in der Nationalversammlung ein ernstes Wort geredet werden.

Der gewaltige Konflikt zwischen den englischen Eisenbahner und der Regierung ist die schwerste innere Krise, die England seit dem Jahre 1911/12 durchgemacht hat. Den selbstbewußt und kraftvoll auftretenden Eisenbahner, die, um sich gegen eine beabsichtigte Lohnminderung zu wehren, zu dem letzten Kampfmittel, des Streiks, gegriffen haben, steht die im Banne der Kapitalisten stehende Regierung gegenüber, die geglaubt hat, diesen Streik durch entschlossenen Widerstand niederwerfen zu können. Beide Parteien sind bewußt dem Kampf entgegengegangen und haben keine Anstrengungen gemacht, ihn zu vermeiden. Das ist um so bedeutamer für die Beurteilung der gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes in England, als kein Streik das Wirtschaftsleben und den ganzen Staatsorganismus so empfindlich trifft, wie ein Eisenbahnerstreik, keiner aber auch so revolutionär und revolutionierend wirkt.

Die Verichterstattung der englischen Regierung suchte von Anfang an den Eindruck zu erwecken, als ob der Streik weder allgemein sei, noch die Sympathie der übrigen Arbeiterschaft genieße. Beides scheint aber unrichtig zu sein, denn die letzten hier eingetroffenen Meldungen lassen deutlich erkennen, daß der Streik eine viel größere Ausdehnung gewonnen hat, als anfänglich angenommen wurde und als die Regierung zugegeben hat. Bis jetzt ist, trotz zehntägiger Dauer, auch keine größere Zunahme der Arbeitenden zu verzeichnen. Im Gegenteil mit jedem Tage, den der Streik länger andauert, müssen Arbeiter anderer Industrien wegen Kohlen- und Rohstoffmangel feiern. Gruben müssen ihren Betrieb einstellen, da die geförderten Kohlen nicht abtransportiert werden können. Auch der Zugverkehr ist unbedeutend, denn die gemeldete Zahl von höchstens 2000 Zügen, kann ebensowenig die schwere Erschütterung im Wirtschaftsleben verhindern, wie die notdürftig organisierte Beförderung von Menschen und Gütern durch Automobils und Luftschiff.

Die schwartende Haltung des Dreibundes, der den Sympathiestreik bisher zu vermeiden gewohnt hat, ist kein Zeichen der Schwäche, sondern das Ergebnis der Tatsache, daß die Geschlossenheit der Eisenbahner gegenwärtig diesen Schritt unnötig macht. Denn solange die Eisenbahner den Verkehr aus eigener Kraft stillzulassen vermögen, ist das ganze Wirtschaftsleben lahmgelegt. Dadurch beschäftigungslos werdende Arbeiter müssen die Erwerbslosenunterstützung erhalten, sodas die Klassen der Organisationen ungeschwächt bleiben, während ein Sympathiestreik ihre Mittel stark in Anspruch nehmen würde. Außerdem ermöglicht diese Haltung die Annäherung von Vermittlungsversuchen durch die Bergarbeiter und Transportarbeiter, wie das auch bisher bereits geschehen ist.

Diese Vermittlungsversuche sind bereits seit mehreren Tagen im Gange, ohne daß aber bisher ein Ergebnis erzielt worden wäre. Sie scheiterten, weil die Regierung den Eintritt in die Verhandlungen von der vorherigen Arbeitsaufnahme abhängig machte. Inzwischen hat sich die Lage weiter verschärft, da die Regierung die Auszahlung der den Eisenbahner zustehenden Löhne für die Zeit vor dem Streik mit dem Hinweis darauf verweigert, daß die Auszahlungen im jetzigen Moment einer finanziellen Unterstützung des Streiks durch die Regierung gleichläme. Diese Haltung der Regierung hat die durchaus feindliche Stellungnahme der Öffentlichkeit zu dem Streik günstig beeinflusst. Denn während bisher fast alle Zeitungen den Streik scharf verurteilten, wird jetzt die Regierung wegen der Verweigerung der den Eisenbahner zustehenden Löhne von ihnen heftig angegriffen. Inzwischen ist von der Regierung den Streikenden das Anerbieten gemacht worden, die Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten und einen sieben-tägigen Waffenstillstand eintreten zu lassen. Beide Vorschläge sind von den Eisenbahner abgelehnt worden, da sie daran festhalten, daß über die Löhne verhandelt werden muß, bevor die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Wenn die Regierung geglaubt hat, die Arbeiter durch ihre energische Haltung einschüchtern zu können, und zum Nachgeben zu bewegen, so befindet sie sich im Irrtum. Das Nachgebenwille der englischen Arbeiter ist durch den Krieg gewaltig gestiegen. Ihre Organisationen sind gestärkt und ihr Wille zur sozialen Neugestaltung ist lebendiger als je. Obwohl die Regierung die Öffentlichkeit mit allen Mitteln gerissener Verichterstattung zu beeinflussen gesucht hat, obwohl das Vorgehen zum größten Teil auf ihrer Seite stand, und obwohl sie großzügige Hilfsmaßnahmen einleitete, die die Wirkungen des stillgelegten Eisenbahn-

verkehr mildern sollten, und obwohl die Arbeiter den Kampf sehr überhitzt begonnen haben, über keine Tagespresse verfügen, die sie unterstützen könnte, ist es der Regierung dennoch bisher nicht gelungen, die Reihen der im Kampf gekündeten Eisenbahner zum Wanken zu bringen.

Als eine reiner Vorkampf begonnen, der keine unmittelbaren politischen Ziele hatte, — die Arbeiter hatten nur Lohnforderungen gestellt und nicht einmal die Forderungen nach Nationalisierung der Eisenbahnen erhoben — äußert der Generalstreik jetzt weitgehende politische Wirkungen. Da an einen den Wirtschaftsberechnungen des Landes entsprechenden Eisenbahnverkehr nicht zu denken ist, und die Verluste, die dem Lande dadurch täglich erwachsen ins Riesenhafte answachsen, hat sich der Öffentlichkeit eine lebhaft Unruhe bemächtigt. Außer dem Vorsitzenden der parlamentarischen Arbeiterpartei hat jetzt auch der einflussreiche Lord Robert Cecil die sofortige Einberufung des Parlaments verlangt und man gewinnt den Eindruck, daß die Regierung Lloyd Georges vor einer schweren Entscheidung steht. Sie muß sich jetzt entscheiden, ob sie den begonnenen Kampf zum endgültigen Auszug bringen oder ob sie einlenken will. Es war bisher immer das Kennzeichen englischer Regierungskunst, zu Verhandlungen geneigt zu sein, wenn die Macht der Arbeiterschaft ihren Erfolg zu verbürgen schien. Dem Streik der Eisenbahner ist die Regierung mit ihrer vollen Kraft entgegengetreten, weil sie glaubte, ihn niederzulegen zu können. Wird sie auch jetzt noch an dieser Stellung festhalten oder wird sie nachgeben, um durch das Mittel der Verständigung die Gegensätze zu überbrücken suchen?

Auch für die deutsche Arbeiterklasse ist der Verlauf dieses Streiks sehr lehrreich. Auf seine allgemeine Bedeutung wird noch einzugehen sein, wenn seine Beilegung erfolgt ist. Aber schon jetzt drängt sich ein Vergleich auf zwischen der Haltung der bürgerlichen englischen Regierung und der sozialistischen sein wollenen Regierung in Deutschland. Lloyd George hat zwar mit dem Einpreisen von Arbeitswilligen gedroht und Militär zur Verfügung gestellt, aber es ist doch nirgends zur Anwendung dieser Mittel gegen die Streikenden gekommen. Versammlungs- und Streikrecht der Arbeiter, auch der Eisenbahner, gelten in England als Rechte, die selbst eine bürgerliche Regierung nicht anzutasten wagt. Demgegenüber vergegenwärtigt man sich die Haltung der deutschen Regierung zu dem Metallarbeiterstreik in Berlin. Genau wie ihre kaiserlichen Vorgänger haben die Bauer und Noske alle staatlichen Machtmittel gegen die Arbeiter rücksichtslos in Anwendung gebracht und haben sogar Blut fließen lassen. Sie liefern damit den Beweis, daß sie in ihrer Feindschaft gegen die Arbeiter selbst die Regierung kapitalistischer Staaten übertraffen.

Wie Noskes „Schließbefehl“ beachtet wird.

Herr Noske hat, um den Uebergang deutscher Truppen nach Kurland zu verhindern, einen „Schließbefehl“ erlassen. Wir haben schon gestern Abend darauf hingewiesen, daß dieser Befehl nur auf dem Papier steht und daß der Uebergang nach wie vor ungehindert vonstatten geht. Wir bringen für diese Behauptung heute noch folgende Beweismomente, die wir in der „Leipziger Volkszeitung“ finden:

Zwei junge Leipziger Arbeiter hatten sich den Scherz erlaubt, sich an ein deutsches Freiwilligenbataillon in Kurland zu wenden, um auszufragen, ob die Meldungen radikaler Stellungen, wonach noch andauernd Freiwillige nach Kurland gelangen können, auf Wahrheit beruhen. Die beiden Leipziger haben prompt eine Bestätigung für diese Behauptungen der radikalen Presse erhalten. Am 18. September schickten sie einen Brief an ein Freiwilligen-Detachement in Nord-Litauen, worin sie um einen Preisfahrtschein nach dort baten. Und bereits am 20. — abgehandelt ist das Schreiben am 27. in Litauen — waren sie im Besitz der nötigen Ausweispapiere und Fahrtscheine, zu einem Termin also, als auf Befehl Noskes die Grenze angeblich längst gesperrt sein sollte.

Die die Militärbehörden in Kurland den „Befehl“ Noskes, der auf jeden Freiwilligen, der die Grenze überschreiten will, schiessen lassen will, aufpassen, erhielt das Begleitschreiben des betreffenden Freiwilligenbataillons. Es heißt in dem Schreiben: „Die zur Grenze sind Militärfahrtscheine zu lösen. Betrag wird hier zurückhaltend, falls Grenze gesperrt ist, Meldung in Litauen bei Hauptmann Hellberg, Grenzstraße 2, II. Sonst Meldung beim Verladekommando Nordlitauen, Litauen 1, Waldstraße 88. Gezeichnet Weber, Leutnant und Adjutant.“

Die Anlagen bestehen aus zwei Ausweispapieren, die erklären, daß die Freiwilligen Soudho Befehl haben, sich sofort von Leipzig nach Litauen zu ihrem Truppenteil zu begeben, ferner aus zwei Ausweisen zur Erlangung von Militärfahrtscheinen nach Langsargen, der bekanntesten Grenzstation an der Bahnstrecke Tiffa-Schaulen-Litauen. Außerdem sind ausdrücklich zwei Militärfahrtscheine beigelegt, die von Langsargen bis Litauen gelten.

Wir können noch aus Eigenem hinzufügen, daß erst gestern wieder ein Mann von Königsberg aus nach Berlin geschickt worden ist, um auf Befehl des Hauptmanns Beckmann eine ganze Kompanie anzuwerben und nach Königsberg zu bringen. Von dort aus will der Hauptmann dafür sorgen, daß die Leute ungehindert über die Grenze kommen. Der Hauptmann hat dem Mann versprochen, daß die angeworbenen Mannschaften sich in Kurland alle nützlich die Tassen füllen könnten. Weiter wird uns mitgeteilt, daß am 1. Oktober auf dem Bahnhof Friedrichstraße zwölf junge Leute aus Wagnern kamen, die von zwei deutschen Offizieren mit russischen Mänteln bekleidet waren und nach Kurland transportiert worden sind. Die Offiziere versuchten auf dem Bahnhof Friedrichstraße ihren Transport durch Neuankömmlinge noch zu vergrößern. Die Angeworbenen besaßen Fahrausweise von der Eisernen Division und zwar wurden sie als Urlaubser bezeichnet, die den Befehl hatten, zur Truppe zurückzukehren. Daraus ist also zu ersehen, daß die Offiziere auf Noskes Schließbefehl einfach ozeilen.

Im Offenbacher Kommunistenprozeß wurde der Arbeiter Wilhelm Eisenreich aus Haidau nicht, wie gemeldet, zu 10 Jahren Gefängnis, sondern zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Die Ehrlosmachung politischer Gegner gehört jetzt zu den wichtigsten Waffen der Scheinsozialisten.

Der Ruhhandel um Arbeiterrechte.

Die Demokraten sind wieder Regierungspartei. Sie haben die schwere Bürde der Mitverantwortung für des Reiches Wohl und Wehe auf sich genommen, aber nicht umsonst. Als gewiegte politische Geschäftsmänner fordern sie gebieterisch ihren Lohn.

Die Gelegenheit ist günstig. Der Entwurf für ein Betriebsrätegesetz steht in der Kommission zur Beratung. Das gesamte organisierte Unternehmertum läuft Sturm gegen das Gesetz. Die Demokraten müssen also eine Umänderung des Gesetzes zugunsten der Unternehmer fordern, und es ist sicher, daß ihnen ein Zugeständnis in dieser Richtung von den anderen Teilhabern an der Regierung, den Rechtssozialisten und dem Zentrum, schon vor ihrem Eintritt in die Regierung gemacht worden ist.

In der Kommission zur Beratung des Betriebsrätegesetzes ist es denn auch prompt zu einem Kompromiß gekommen, der dem ersten Artikel des Entwurfs folgende Fassung gibt:

a) Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebspflichten sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.

b) Sind in solchen Betrieben mindestens fünf Arbeiter und fünf Angestellte beschäftigt, und einigen sich die Mehrheitlicher Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Betriebsobmann, so wählen die Arbeiter und die Angestellten je einen Betriebsobmann.

Ferner wurde beschlossen, den Betriebsobmann in den Gewerbetrieben von fünf Arbeitern einzuführen. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden den gewerblichen Betrieben gleichgestellt.

Während die alte Fassung des Entwurfs im ersten Artikel über den Aufgabenkreis der Betriebsräte nichts sagte, werden hier die Betriebsräte bereits auf die Unterstützung der Unternehmer in der „Erfüllung der Betriebspflichten“ verpflichtet. Sie dürfen also Reisterdienste leisten, dürfen darüber wachen, daß Pünktlichkeit im Betriebe herrscht, daß otemlos gekühtet wird — im Interesse der Steigerung der Produktivität natürlich — usw.

So beginnt der Ruhhandel um Arbeiterrechte, bei dem die Rechtssozialisten Schritt für Schritt zurückweichen und den grimmigsten Arbeiterfeinden das Feld überlassen. Und der „Vorwärts“ macht den Rärm dazu, derart, daß das Getuschel in den Beratungsräumen der Kommission überhört wurde. Durch den Abdruck von Protokollen, die von Unternehmern zurückgesteuert sind, liefert er den Arbeiterfeinden das „Material“ für ihre Arbeit.

Daß die Arbeiter auf solche Betriebsräte pfeifen, brauchen wir nicht erst zu sagen. Aber was denken sich die Väter solcher Kompromißhandlungen dabei? Ist es ihnen nicht klar, daß kein ehrlicher Arbeiter oder Angestellter in der Lage ist, einem solchen Betriebsrat anzugehören? Was soll man von einer Sozialpolitik denken, die dem Arbeiter unmoralisches Handeln, Verrat an den höchsten Pflichten gegenüber den Interessen seiner Kollegen zumutet und ihm drittelte Scheinrechte dafür in Aussicht stellt?

Und was sagen die Gewerkschaften dazu, vor allem die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen? Ihr zäher Kampf gegen eine freie, von den Gewerkschaften unabhängige Arbeiterorganisation ist nur zu verstehen, wenn sie die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaftsbewegung machen wollen, was auch aus zahlreichen Auslassungen von ihrer Seite hervorgeht. Meinen sie, daß der Funktionär einer Gewerkschaft, der sich seiner Pflichten als solcher bewußt ist, die Aufgaben erfüllen kann, die ihm auf Grund der neuen Formulierung durch die Unternehmer zugemutet werden können?

Über meinen die Herren, daß die Methoden der Arbeitersgemeinschaft, von denen bisher zum Glück nur die höchsten Epochen der Instanzen berührt worden sind, während die Massen unbeteiligt ihren Weg gehen, auch in den Betrieben Anwendung finden sollen? Soll die verderbliche Idee, daß die Klassengegensätze ausgeglichen werden können durch die vermittelnde Arbeit paritätischer Ausschüsse, auch die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in den Betrieben schmälern? Wir möchten vor solchen Bestrebungen, zu denen eine starke Neigung schon aus der Haltung anderer Varnaprophezen des Entwurfs (bricht von vornherein dringend warnen, denn dann würden die Arbeiter das Verderbliche jener Idee unmittelbar fühlen. Dann würde der Rest von Verräuen der Arbeiter zu den Organen ihrer Organisationen vollends schwinden.

Und das ist der letzte Zweck dieser Art von Sozialpolitik. Die Gegensätze in der Arbeiterschaft sollen erwehrt, der Keim neuen Zwistes soll gelegt werden. Und wer sich dann nicht und den Segen solcher sozialer Fäulnis nicht anerkennt, wird mit Polizei und Gericht bedroht. Vielen die Gewerkschaften auch dazu noch die Hand, dann bereiten sie selbst den Boden für die Spaltung in den Organisationen.

Soll die Arbeiterklasse nicht ohnmächtig gemacht werden, dann muß dieser Schlag mit aller Macht abgewehrt werden.

Bewußte Täuschung oder schlechtes Gedächtnis?

In einem Artikel „Der Kampf um die Kriegsgefangenen“, der dem „Vorwärts“ von besonderer Seite geschrieben wird, finden wir folgende Stelle:

Wenn es nach den Absichten der Reaktionsäre gegangen wäre, dann hätten die Gefangenen noch lange warten können, bis für sie die Stunde der Freiheit geschlagen hätte. Gerade diese Parteien sind es gewesen, die verlangt haben, die Regierung solle den Frieden, der durch die Schuld der Kriegstäter zu einem Schmachfrieden geworden ist, nicht unterzeichnen. Wäre die Regierung diesem Wunsche gefolgt, dann würden unsere Gegner den Krieg fortgesetzt haben, und das traurige Schicksal der Gefangenschaft hätte dann weiteren Zehntausenden von Söhnen unseres Volkes blühen können. Diesen Weg ist die Regierung nicht gegangen, und dem ist es zu verdanken, daß die Gefangenen jetzt in die Heimat zurückkehren können.“

Allerdings haben die Reaktionsäre in der Friedensfrage eine solche Haltung eingenommen. Aber neben ihnen standen als treue Bundesbrüder die Rechtssozialisten mitamt dem „Vorwärts“ unter Stämpfers Leitung und die Regierung. Der „Vorwärts“ beliebt somit, sich

selbst zu überheben. Eine wilde Gehe unter seiner Führung tobte damals gegen die Unabhängigen, weil sie — nicht leicht mit Rücksicht auf die Lage der Kriegsgefangenen — von Anfang an für die Unterzeichnung des Friedens traten und die Massen gegen die neu auflebende nationalistische Gehe aufrief. Weder der Regierung noch der „Vorwärts“, sondern nur dem Auftreten unserer Partei und ihren energischen Aktionen ist es zu verdanken, daß die Gefangenen jetzt in die Heimat zurückkehren können“.

Der Spitzeldienst der preussischen Regierung.

Der preussische Ministerpräsident, Herr Hirsch, hat in Preussischen Landtagsversammlung entworfen in Abrede gestellt, die preussische Staatsregierung Spitzel beschäufige.

Es gehört wirklich ein hohes Maß von Mut zu dieser Behauptung, denn es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß der preussische Staatsregierung das bekannte Staatskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung untersteht, das in der intrusivsten Weise mit Spitzeln arbeitet.

Ueber die Organisation dieses Kommissariats hat bereits in einigen Wochen die Berliner „Nachzeitung“ Mitteilungen gebracht, die allerdings nicht ganz vollständig waren und auch eine Unrichtigkeiten enthielten. Wie sind in der Folge, die Informationen der „Nachzeitung“ zu ergänzen.

An der Spitze des Staatskommissariats steht der in vollen Sätzen gerechte Geheimrat von Verger, der früher Chef des preussischen Ministeriums des Innern war, sich unter dem dringenden Jure des Genossen Dr. Breitschneider als Minister des Innern, und des Unterstaatssekretärs des Reiches veronahst sah, keinen Posten aufzugeben. Als Verleger fungiert der frühere Kommissar des Kriegsministeriums der preussischen Staatsregierung, Major Kalle.

Das Staatskommissariat gliedert sich in drei Abteilungen:

1. Der Nachrichtendienst, der von dem Geh. Regierungsrat Strauß geleitet wird, und in dem der Bizelektor Dr. Schwarz eine eifrige Tätigkeit entfaltet.

2. Die Exekutivabteilung, die unter der persönlichen Leitung des Herrn v. Wogner steht, und in der die Herr Landrichter Jürgens, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld und Oberleutnant Anauß vom Reichswehrgruppenkommando beschäftigt sind.

3. Die Propaganda- und Presseabteilung, in der die Herren Dr. Bräumer, Goslar und als Vertrauensmann des Herrn Geyberger Dr. Spieler wirken.

Die Nachrichtenabteilung ist diejenige, die das Spitzelwerk unter sich hat. Unter der Oberleitung des im Dezember 1900 ernannten und kürzlich zum Geh. Regierungsrat beförderten Herrn Strauß, des Mitinhabers einer im Reiches großem Reichum gelangten Wiener Eisenfirma Wolff u. Söhne kontrolliert die Spitzelabteilung Herr Schwarz, der früher deutscher Bizelektor in Prag war, dessen Verdienste aber in Ausdrücken nicht gebührend anerkannt wurden. In der Laufbahn hier Spitzelberichte in großer Zahl ein und dienen Grundlage für das Vorgehen des die öffentliche Ordnung schützenden Staatskommissariats.

In enger Beziehung zu dieser Abteilung steht außerdem der Hauptmann von Kessel, der die sogenannte Leiter des „Wachpostens“, der seinerseits wieder ein besonderes mit monatlich 20 000 Mark dotiertes Spitzelbureau unterhält. Herr v. Kessel behauptet mit diesem Betrag nicht auszukommen. Auch ein Offiziere, besonders solche, die früher dem Gardebataillon angehört, beschäftigen sich mit dem alten Handwerk.

Herr von Wogner, der sich seines Gehalts von 24 000 Mark würdig erweisen will, entfaltet natürlich eine sehr eifrige Tätigkeit. Um den Schein zu wahren, muß er gelegentlich auch rechts vorgehen, obwohl das einem Mann von seiner Vergangenheit, dem nach seinem eigenen Bekenntnis die Deutschnationalistische Partei zu weit links steht, einigermaßen schwer fällt. Bei seinem Kampf wider die konservative Gegenrevolution hat er sich denn auch bisher in der Hauptsache auf ein Vorgehen die zu Pogroms aufrufenden antisemitischen Bureaukranten, die nebenbei, bevor man zu Hausnachrichten bei Schritt, gemacht wurden. Umso eifriger wird auf Kommunikation und Unabhängige gefahndet, und über deren die Ordnung ihrer Arbeit liefern die Spitzelberichte auch ein weit umfangreiches Material.

Es hieße wirklich Herrn Hirsch gar zu viel Rabulität zutrauen, wollte man annehmen, daß er von der Tätigkeit des Verpersonelet selbst die Geschichte des preussischen Staates teile, nicht unrichtig sei.

Der Frankfurter Arbeiterrat gegen den Zentralrat.

Der Arbeiterrat in Frankfurt a. M. lehnte in seiner Vollversammlung mit 101 gegen 58 Stimmen die Beilegung an dem Zentralrat angeführten Wahlen ab. Die Rechtssozialisten verlangten die Reuwahl und wurden dabei unterstützt von einem reaktionären Bürgerauschuß, der den Arbeiterrat als bürgerlichen Elementen durchsehen wollte.

Staatskanzler Renner über die Arbeiterräte.

Bei einem Empfang von Industriellen äußerte Staatskanzler Renner über die Sozialisierung der Arbeit über die Arbeiterräte folgendermaßen: Die Bedeutung der Sozialisierungsfaktion wird oft unterschätzt dargestellt. In den Umständen wird die Sozialisierung das einzige Mittel sein, um den Industriebetrieb davon zu bewahren, die Hände des ausländischen Kapitals zu geraten. Wir haben dem Zusammenhang ein Emporschließen neuer Institutionen neuer Ideen erlebt. Es wurde manches Gute und auch ein Uebertriebenes geschaffen und so ist der Gedanke der Räte in der Verteilung berücksichtigter und sozialer Sonderinteressen modifiziert worden. Wenn Ueberstände sich daraus ergeben, so muß dies, daß man es mit Uebertriebungen dieses Gedankens zu tun hat und daß man diesen Institutionen ein richtiges Maß von Freiheiten zuweisen muß.

Winterbeihilfe für Erwerbslose.

Die Reichsregierung hat in Aussicht genommen, die Städte zu ermächtigen, daß sie vom 1. November bis zum 31. Dezember bestimmen besonders bedürftigen Gruppen von Erwerbslosen Winterbeihilfe gewähren. Eine entsprechende Verordnung ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen durch die Einrichtung einer produktiven Erwerbslosenkolonie Sorge nachdrücklich zu fördern.

Groß-Berlin.

Streikandrohung der Ärzte.

Wie das Nachr. tenant des Magistrats mitteilt, droht dem öffentlichen Rettungswesen in Groß-Berlin durch das Verhalten der dort beschäftigten Ärzte Gefahr. Obwohl der Verbandsausschuss des Groß-Berliner Verbandes für das Rettungswesen beschlossen hat, den noch durch Vertrag zu niedrigeren Sätzen verpflichteten Ärzten eine wesentliche Honorarerhöhung zu bewilligen, drohen die Ärzte mit Streik, wenn nicht ihre höheren Forderungen ausfinden werden. Im höchsten Maße muß es befremden, daß eine Gruppe unter den Ärzten sich bemüht, auch die in den Rettungswachen tätigen Heilgehilfen zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Diese haben sich aber bis jetzt den Wünschen der Ärzte gegenüber ablehnend verhalten. Eine etwaige Stilllegung des Rettungswesens würde eine außerordentliche Schädigung für die Allgemeinheit zur Folge haben.

Ob die Technische Nothilfe, die bekanntlich das ganze deutsche Volk mit ihrer Liebe umfaßt, auch auf diese Ecken und Winkel der Hauptstadt abgesehen ist? Ob sie gegen die bürgerlichen Ärzte ebenso einbringen wird wie gegen streikende Arbeiter? Oder ist das Rettungswesen kein lebenswichtiger Betrieb?

Die Befreiung vom Religionsunterricht.

Dienstag, den 7. Oktober, beginnt der Unterricht in den Schulen Groß-Berlins. Gebt an diesem Tage schon Euren Kindern die christliche Erklärung mit, daß sie nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen sollen.

Glaubt nicht, den kleinen Kindern schadet der Religionsunterricht nichts. Gerade diese Kinder finden sich nicht zu recht, wenn sie in der Schule hören, die Eltern sind schlechte Menschen und kommen nicht in den Himmel, weil sie nicht beiten. Sie leiden unter dem Gegensatz von Schule und Haus mehr, als Ihr denkt. Schützt sie dagegen, befreit sie vom Religionsunterricht!

In Stelle dieses Unterrichts können die Älteren Kinder Moralunterricht erhalten, der für Kinder vom 10. bis 14. Lebensjahre in mehreren Gemeindeschulen erteilt wird. Kinder im 13. Lebensjahr, die ein halbes Jahr an diesem Unterricht teilgenommen haben, erhalten von der freireligiösen Gemeinde und der Arbeiterschaft Berlins die Jugendweihe. Es ist den Kindern durch die Jugendweihe die Möglichkeit gegeben, den Eintritt ins Leben genau so feierlich zu vollziehen wie durch eine Einsegnung in der Kirche. Ein Zwang zur Einsegnung besteht überhaupt nicht, auch nicht zum Besuch des Unterrichts der freireligiösen Gemeinde, selbst wenn das Kind dem Religionsunterricht der Schule fernbleibt.

Genossinnen und Genossen! Die Nationalversammlung hat uns um die Früchte der Revolution betrogen, nehmt Euer Schicksal selbst in die Hand, schafft Euch die weltliche Schule, befreit Eure Kinder vom Religionsunterricht!

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.

Am Montag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula des Sophiengymnasiums, Weinmeisterstraße 15,

eine Fraktionsversammlung statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Fraktionsvorstand, F. A.: Otto Koch.

Vollversammlung der Arbeiterräte.

Am Dienstag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in den Musiferjalen, Kaiser-Wilhelm-Straße, eine Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte (grüner Ausweis) statt. Tagesordnung: Erledigung des 3. Punktes der Tagesordnung der letzten Vollversammlung der Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre gemäß den vorher bekanntgegebenen Dispositionen.

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Eine Warnung über Ruhestörungen in den Gartenlokalen in den letzten war dieser Tage in verschiedenen Zeitungen zu lesen. Danach sollte sich in dem nördlichen Teil des Tiergartens „eine große Menge“ halbwüchsiger Burtschen eingefunden haben, um eine Versammlung abzuhalten. Es seien Ansprachen gehalten worden, in denen die Versammelten aufgefordert worden seien, als Druckmittel gegen die Regierung die Arbeit zu verweigern. Die Menge sei dann in geschlossenem Zuge nach den Gartenlokalen in den Jellen gezogen, sei in die Gärten eingedrungen und habe das Publikum belästigt; es seien auch Verwundungen gemacht worden, Damen Handtaschen zu entreißen. Die Wägen seien gestürzt und losenlose Verwundungen von Getränken und Zigaretten sei verlangt worden. Ein zufällig vorübergehender Wachmeister der Sicherheitswehr habe die Alexanderkaserne antelephoniert, worauf in Kraftwagen eine Abteilung Sicherheitsmannschaften anrückte und die Gesellschaft zerstreute. Diese Angaben sind aus den Fingern geblasen. Und liegen schriftliche Befragungen von Lokalinspektoren in den Jellen vor, aus denen die Unmöglichkeit der Katastrophe hervorgeht. Der Besitzer von Zeit 4 schreibt u. a.:

„Am Freitag abend waren in meinem Garten keine Gäste zu sehen und derselbe auch nicht erleuchtet. Gegen 9 1/2 Uhr abends kamen etwa 90 junge Leute und bestellten Bier, welches sie nach Empfang sofort bezahlten. Einer derselben stieg dann auf das Podium und hielt eine Ansprache, welche nach Aussagen einiger meiner Angestellten humoristischen Inhalt hatte. Als ich dieses bemerkte, ersuchte ich denselben, dies zu unterlassen, worauf es auch geschah. Die Herren tranken dann ihr Bier aus und verließen dann in Ruhe das Lokal.“

Auf einen Umstand sei aber in Verbindung mit dieser Angelegenheit hinzuweisen. Vor den Jellen entwickelt sich fast allabendlich ein starker Verkehr. Junge Leute und junge Mädchen, zu denen sich auch ältere Jahrgänge gesellen, flirten hin und her und es ist manchmal nicht mehr schön, was sich hier abspielt. Der aufmerksame Beobachter wird sofort erkennen, daß gerade sogenannte „Bekehrte“ und auch „Sicherheitspolizisten“ sich in einer Weise benehmen, daß es schon ein öffentlicher Skandal ist.

Lehnempfangler niedriger Ordnung. In amtlichen Bekanntmachungen speziell der Post findet sich immer noch die Bezeichnung niedriger Ordnung. Solche „Lehnempfangler“ teilen uns mit, daß das doch recht schlecht in die neue Zeit hineinpaßt. Wenn sie auch auf Bezeichnungen wenig geben, so ist doch diese Art Klassifizierung den Anstaltskräften sehr bezeichnend.

Die-Deffnung der Badeanstalten wird immer dringender. Es muß gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die dem entgegenstehen.

Zwei Kinderleichen wurden gestern aus der Spree aufgefischt. Das eine Kind war 6-7 Monate alt, das andere war ein neugeborenes. Es wird vermutet, daß die Kinder um die Ecke gebracht worden sind.

Geisteschwinder finden immer noch genug Dumme. Dieser Tage wurde ein solcher Schwinder, der sich als Generaloberarzt ausgab, festgenommen. Vielen Geisteschwinder hat er das Geld abgenommen. Viele Betroffene werden sich auf Scham nicht melden. Aber sie werden nicht alle.

Lebensmittellisten.

Niederhämische, für die Woche vom 6. bis 12. Oktober für die Ausgabe auf Abschnitt 91 (3) der Groß-Berliner Lebensmittellisten je 250 Gr. Dosefleisch zum Preise von 38 Pf.; auf Abschnitt 92 (3) der Groß-Berliner Lebensmittellisten je 250 Gr. Dosefleisch zum Preise von 1,45 M.; auf Abschnitt 93 (4) der Groß-Berliner Lebensmittellisten je 125 Gr. Suppenmehl zum Preise von 1,45 M.; auf Abschnitt 94 (7) der hiesigen gelben Lebensmittellisten je 250 Gr. Inlandsmaismehl zum Preise von 65 Pf. gelangen im Gemeindegarten, Berliner Straße, auf Abschnitt 4 der hiesigen gelben Lebensmittellisten vom Montag, den 6. Oktober, 2 Pfd. Pflanzmilchpulver zum Preise von 65 Pf. für ein Paket Verkauf, und zwar am Montag, den 6. Oktober auf die Nummern 1-2500, Dienstag, den 7. Oktober auf die Nummern 3501-7000, und den 8. Oktober, auf die Nummern 7001 bis Ende. Es darauf aufmerksam gemacht, daß die Waren bis zum 12. Oktober geholt werden müssen.

Mariendorf. Auf die Abschnitte 60 und 76 der Groß-Berliner Lebensmittellisten entfallen je 500 Gr. = 1000 Gr. und auf Abschnitt 50 Gr. Rohmittel, und zwar 1000 Gr. Suppenmehl zum Preise von 38 Pf., 250 Gr. Roggenmehl zum Preise von 1,45 M. Die Lebensmittel müssen zur Abtrennung der Ammelabschnitte bis zum Montag, den 6. Oktober, bei einem beliebigen Händler in einem der beiden Gemeindegärten vorgelegt werden. Der Verkauf der Waren an die Einwohner beginnt am 10. bzw. 11. Oktober, 4 Uhr. Tageslohn (Kopff) wird an die Bevölkerung zum Preise von 60 Pf. je Pfd. abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Vorlage des Monatskarte für alle Leute 2 Pf. Sago oder Reis und 1 Zwiebel; gegen Abtrennung des Abschnittes der 41. Woche Kriegsschädliche 1 Pfd. Getreide (Verkaufsstelle II); auf Abschnitt 77 für Kranke 1/2 Pfd. Rohmittel. Freiliches sowohl der Vorrat reicht. Beste Rohmittel (nicht tranig) 3 Pf. Stück, 2 Stück 1,25 M. Freiliches. Beste Rohmittelkonserve in Blechdosen, sowohl der Vorrat reicht, 3,20 M.

Altglienicke. In der Zeit vom 6. bis 12. Oktober werden ausgeben in den Verkaufsstellen: auf Abschnitt 88 der Lebensmittellisten je 250 Gr. Dosefleisch (38 Pf.), 250 Gr. Nougat, 250 Gr. Nougat (1,45 M.); auf Abschnitt 75 der Lebensmittellisten je 250 Gr. Soubon (38 Pf.); auf Abschnitt 28 der Maitenmittellisten je 1 Pfd. Pflanzmilchpulver (65 Pf.); auf Abschnitt 28 der Jugendmittellisten je 250 Gr. Rüböl (75 Pf.); auf den Oktoberabschnitt der Monatskarte für alle Leute 2 Pf. Sago oder Reis und 1 Zwiebel; gegen Abtrennung des Abschnittes der 41. Woche Kriegsschädliche 1 Pfd. Getreide (Verkaufsstelle II); auf Abschnitt 77 für Kranke 1/2 Pfd. Rohmittel. Freiliches sowohl der Vorrat reicht. Beste Rohmittel (nicht tranig) 3 Pf. Stück, 2 Stück 1,25 M. Freiliches. Beste Rohmittelkonserve in Blechdosen, sowohl der Vorrat reicht, 3,20 M.

Aus den Organisationen.

Achtung! Jahrmorgen Friedrichshagen! Der Oktober-Jahrmorgen der Druckerei-Arbeiter findet am Dienstag, den 14. Oktober, 10 Uhr, im Hotel „Zur Post“, Friedrichshagen, statt. Die ordentliche Funktionärwahl findet bestimmt Montag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, bei Hoff, Kirchhoffstraße 10, statt.

Bereinskalender.

Achtung! Ludwig Thoma, Gattenstraße Montag, den 6. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung im „Klostergarten“, 100. Der Arbeiterrat.

Vollzugsrat aller Angelegenheiten der Groß-Berliner Metallindustrie! Dienstag, den 7. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Versammlung in Enderes Weidhagen, Straßburger Straße 3. Ordnung: Liquidierung oder Umstellung der Fachgruppenvereine.

Freie sozialistische Jugend „Frenzauer Vorstadt“. 7. Oktober, 1919, Pappelallee 25, Lichtbildvortrag des Herrn Dr. über „Hygiene des Geschlechtslebens“.

Internationaler Bund der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen Süd e. V. Montag abend 7 Uhr im Lokal von Müller, Götterstraße 6, Referat: „Ueber unsere kommunalen Forderungen“. 8. Oktober, Dienstag abend 7 Uhr Versammlung im Reichsbanner Reichsberger Straße. - Bezirk Offen 2. Dienstag abend 8 Uhr, Versammlung im Reichsbanner Reichsberger Straße. - Gruppe Neukölln, III. Abteilung, umfassen die Bezirke einseil, Montag abend 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung im Grotto Festale, Hermannstr. 196.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiesepp, Redaktionsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck: Lindenbräcker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater Theater am Blücherplatz
8 Uhr: Die Bürger von Calab

Opernhaus
9 Uhr: Menon

Schauspielhaus
8 Uhr: Coriolan

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt
8 Uhr: Faust I

Kammerspiele
8 Uhr: Nilu

Königgrätzer Straße
8 Uhr: Erdbeul

Komödienhaus
an der Marzialsbrücke
8 Uhr: Liselott

Berliner Theater
Uhr: Bummelstunde

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
8 Uhr: Christa die Tante
Dienstag 7 Uhr: Peer Gynt
Mittwoch 7 Uhr: Christa die Tante

Deutscher Künstler-Theater
Montag bis inkl. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Das Schloß am Wannsee

Residenz-Theater
Stadtbahn Jenowstraße
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben

Trianon-Theater
Str. Friedrichstraße Nr. 128/129
Täglich 8 Uhr:
Maskerade

Rose-Theater
8 Uhr: Kleine Sklavin

Schwarzer Kater
Schaubühne Moritzplatz
(früher Burgenharen)

Das
Riesen-Oktober-
Variété-Programm

Anfang 8 Uhr
Sonn- und Feiertags: 2 Vorstellungen
3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntag zwischen 12-2 Uhr
an der Tageskasse

Wintergarten
Uhr 7 Uhr
Variétévorstellung
Raschen costast.

Casino-Theater
Lothringerg. Str. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr
Großstadt-Pflanzen
Vollständig in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwalddübel“, Operettenakt mit Viktor Litzke von der Komischen Oper. Dazu erscheinende Spezialitäten.
Sonntag 14 Uhr: Mädchenwahr.

Walhalla-Theater
Weinbergweg,
Tägl. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Circus Busch
Montag 6. Okt., abend 7 1/2 U.
„Aphrodite“
Tropen, Pantomime in 3 Akten v. Paula Busch inszeniert v. Hoffmann.
Georgs Dianvaler.
Inter. im 2. Akt: Grotto-Inszenierung.
Dienstag 6. Okt. Freitags finden nur kostgige statt.

In Rathor (O.-Schl.) verstarb nach einem arbeitsreichen Leben unsere tremorgende, gute Mutter
Maria Glass
im 81. Lebensjahre.
Josef Glass u. Frau geb. Jacob, Berlin.

Vereinigung Groß-Berliner Kraftfahrerschulen
bildet Kraftwagenführer aus
Nächstes Kurs 6. November:
BERLIN, Charlottenstraße 56
Feraruf: Moritzplatz 1286.

Gardinenverkauf. Fenster 26 Mk., große Auswahl hocheleganter Kunstgardinen, Stores, Bettdecken, Tischdecken, Divandecors (Persarmuster) in ständend billigen Preislagen. (Billigste Einkaufspreise des Nordens, Gelegenheitskäufe.) Dianastraße 3, gegenüber Ringbahnhof Schönehauser Allee, Hochbahnhof Nordring.

Verlangen Sie
kostenlos ein Probeheft

DIE FREIE WELT
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT DER U.S.P.D.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag BERLIN NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Uhren, Gold und Silberwaren o. Brillanten

Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei

Max Busse

BERLIN N 54, Brunnenstraße 175-177
an der Invalidenstrasse.

Größtes und fachmännisch geleitetes Spezial-Geschäft
Neu eingetroffen:
Taschanuhren von 13,50 M. an, Wecker von 12 M. an

Kupfer, Messing, Quecksilber,
Platin, Gold, Silber, Almetalle, kaufen
PETERS, Promenade Str. 24, Neue Kämpfer, 52,
MOEBUS, Waldstr. 3, G. ERMEL, Gubener Str. 53,
DEGENER, Schönberg, Bah-str. 46,
W. HAASE, Skallter Str. 95 A, Ecke Lantitzer Platz.

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom
kaufen
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linienstr. 16,
Tel.: Lützow 3705 und 6811.

Arbeiter-Betriebsfunktionärversammlung
der gesamten Bekleidungs- und Textil-Industrie

Textil-Industrie
Zugabe: Bekleidungs- und Textil-Industrie.

Der Zusammenschluß in der Bekleidungs- und Textil-Industrie.

Bei der Wahl der Tagesordnung ist nach Möglichkeit der grösste Anteil an Arbeitern zu berücksichtigen.
Beitragende werden informiert.

Vollzugsrat Groß-Berlin

Rechtsschutz-Defektel

Direktor Maxius, Kottbuser Damm 64, Adolph-Neanderstraße 7, Große Frankfurter Straße 10, Emser Straße 89, Eberswalder Straße 10, Eberswalder Prozessführer! Letztes Wort 2 Klienten von Diebstahl, gewerkschaftliche freigesprochen, Herr W. von Alimonten. Viele Anerkennungen, Danksagungen! (Auch für die Zukunft)

Kupferdrähte
Metalle
Kabel und Litzen für Auslandsbedarf
kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstr. 34, Amt Pflanzstr. 4539.

Schnelllauf
dringenden Bestellungen
Schmirgelpapier
zahlend Montag
Rostocker Str. 20,
stocker Straße.

Billige Waren
geriebt mit
Patent-Schloß
Verwandbare
Bettstellen, Bettstellen,
stühle, Tischdecken,
sichtig, ohne
Nippel u. Parquet,
Berlin, Oranien-

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten,
kauft sofort gegen Kasse, Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wendenstraße 52
Wilt. 4729.

Piano
bis 200 M. noch
Blick, Zionskirchplatz 1.

Metallbetten
Kinderbetten, Patent,
mann, bequem,
zahlend, Krieger-
halten Kabatt, Grotto-
Stralauer Platz, Grotto-
straße, am Schloß-

Milch, Eier, Butter und Fleisch

Sind knapp. Unsere dadurch bedingte Unterernährung durch physiologisches Mangel „Pfeifferol“ zu beheben, ist Pflicht gegen uns und unsere Kinder. Pfeifferol ist eine Ergänzung unserer täglichen Nahrung, weil es alle die Stoffe konzentriert enthält, die wir in den genannten Nahrungsmitteln zu nehmen. 1 Karton, für 3 Monate ausreichend, 3 M.

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol, gegen Ungeziefer, für Kinder, Flasche 1,70 M.
Parasiten-Liniment Pfeifferol, gegen Ungeziefer, Flasche 1,75 u. 2,75 M.
Tricretol-Puder Pfeifferol, gegen Blöße, Dose 1,25 M.
Kindervuder Pfeifferol, bestes Einkräutermittel, für Kinder, Dose 75 Pf.
Pfeifferol-Pflanzpulver, Dose 1,25 M.
Toilette-Parfüm Pfeifferol, gegen Kopfschuppen und Schinnen, ein 100 Pf.
Pfeifferol, Flasche 2,50 M.

In haben in Apotheken und
Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Schulstraße